



Kurzmeldungen

G.P. Koirala nach seiner Vereidigung

Die 'Nepali-Congress'-Regierung will sich verstärkt für die Beseitigung von Armut, Ausbeutung, Krankheiten und Analphabetentum einsetzen. Ferner soll der Schutz und die Weiterentwicklung von Demokratie, Nationalismus und nationaler Selbstachtung im Vordergrund stehen. Man vertraue dabei auf die Kooperation der oppositionellen 'Nepal Communist Party - United Marxist Leninist' (NCP-UML). Dies sagte Nepals neuer Premierminister Koirala nach seiner Vereidigung. Der neue Premier beklagt die mißliche Lage von Ruhe und Ordnung auch nach dem Ende der Demokratiebewegung und kündigte den Unruhestiftern den Kampf an.

Besondere Vorkehrungen sollen getroffen werden bezüglich der Versorgung der Bauern mit Düngemitteln und der Reduzierung der Zinssätze für landwirtschaftliche Darlehen. Den Problemen bestimmter Bevölkerungsgruppen wie Arbeiter, Armee, Angehörigen des Staatsdienstes, Lehrer und Studenten, soll besondere Beachtung geschenkt werden. Doch brauche man hierfür Zeit.

Die Verwaltung soll volksorientiert, effizient und verantwortungsbewußt gemacht werden. Die unmenschliche Sozial- und Wirtschaftsstruktur soll verändert werden. Es soll sauberes Trinkwasser für alle Menschen geben. Den Kindern soll das Recht auf Leben garantiert werden. Ebenso sollen die Rechte und die Würde der Frauen besonders geschützt werden. Es sollen mehr Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden. Die Gesundheits- und Bildungsinstitutionen sollen auch den armen Bevölkerungskreisen erschlossen werden. Schließlich sollen die Massen in die Programme zum Umweltschutz und zur Bevölkerungskontrolle integriert werden.

Aber die Regierung könne die Verantwortung nicht alleine tragen. Auch der Privatsektor müsse Kapital investieren, Technologien entwickeln und zu einem effizienten und fortschrittlichen Management finden. Auch ausländische Investitionen seien willkommen, wenn sie mit den nationalen Interessen und Prioritäten übereinstimmen.

Außenpolitisch betonte der Premier die Notwendigkeit der Wahrung von Unabhängigkeit und Souveränität, bei gleichzeitiger Pflege guter Beziehungen zu Indien und China und einem Ausbau der regionalen Zusammenarbeit der südasiatischen Länder.

Abschließend dankt G.P. Koirala dem König für seine konstitutionelle Rolle in der Zeit der Übergangsregierung und dem Volk für das Vertrauen bei den Wahlen. Er gratuliert insbesondere der NCP-UML, die nun die Rolle einer verantwortungsvollen Oppositionskraft zu übernehmen habe.

Parlament trat zusammen

Das Repräsentantenhaus (Pratinidhi Sabha) trat am 20. Juni erstmals zusammen. Unstimmigkeiten ergaben sich von Anbeginn an bezüglich der Form des abzulegenden Eides, der im Parlament zu tragenden Kleidung und insbesondere der bei den Ansprachen zu verwendenden Sprache. Die Parlamentsordnung sieht lediglich die Nationalsprache Nepali vor. Die Abgeordneten der 'Nepal Sadbhavana Party' sprechen jedoch ausschließlich in Hindi, andere Abgeordnete zum Teil in ihren ethnischen Sprachen. Dies führt immer wieder zum Konflikt und zu Verständnisschwierigkeiten.

Am 26. Juni wurden die Abgeordneten des Oberhauses (Rastriya Sabha) gewählt. 18 Abgeordnete wurden aus den Reihen des 'Nepali Congress' gewählt, 11 von der NCP-UML, 2 von der 'United People's Front Nepal' (Samyukta Jana Morcha Nepal) und einer von der 'Nepal Sadbhavana Party'. Ohne Gegenkandidaten wurden die in der Verfassung verankerten drei weiblichen Abgeordneten gewählt: Chet Kumari Dahal (Jhapa) und Sushila Sharma (Pyuthan) vom 'Nepali Congress' und Ashta Lakshmi Shakya von der NCP-UML. Von den jeweils drei Vertretern der fünf Entwicklungsregionen kommen 11 aus den Reihen des 'Nepali Congress' und nur 4 von der NCP-UML.

Auf Vorschlag von Premierminister Koirala nominierte König Birendra am 27. Juni weitere zehn Abgeordnete, übrigens ausschließlich Brahmanen und Chetri.

Am 1. Juli erfolgte die erste gemeinsame Sitzung der beiden Häuser des Parlamentes, auf welcher König Birendra die Regierungserklärung verlas. Von der Regierungsseite und den National Democratic Parties abgesehen waren die Reaktionen überwiegend von Enttäuschung gekennzeichnet. Es wurde vor allem kritisiert, daß zwar immer wieder von notwendigen Schritten gesprochen wird, nicht aber, wie diese Schritte aussehen sollen. Außerdem sind so entscheidende Bereiche wie die ethnischen Gruppen, die unterdrückten Klassen und die Frauen ebenso wenig erwähnt wie die so dringend erforderlichen Familienplanungsmaßnahmen. Es hieß in der Presse wörtlich, die Regierungserklärung unterscheide sich kaum von denjenigen aus der Panchayat-Zeit.

Trotz der anfänglichen Weigerung der Regierung wird der Untersuchungsbericht über die Ausschreitungen im Verlauf der Demokratiebewegung des vergangenen Jahres, der über 1000 Seiten starke sogenannte Mallik Report, auf Drängen der Opposition am 8. Juli dem Parlament zur Debatte vorgelegt.

Am 11. Juli präsentiert Staatsminister Mahesh Acharya

auf einer gemeinsamen Sitzung beider Parlamentshäuser den Etat für das fiskalische Jahr 1991-92. Das Gesamtvolumen beträgt 26.640 Millionen Rupien, wovon 12.557 Millionen aus Steuereinnahmen und 3.511 Millionen aus Entwicklungshilfegeldern gedeckt werden sollen. Das Defizit von 10.572 Millionen Rupien soll durch Auslands- und Inlandsanleihen gedeckt werden.

Opposition

Der Vorsitzende der 'Nepal Communist Party - United Marxist Leninist (NCP-UML), Man Mohan Adhikari, wurde zum Oppositionsführer gewählt, dem von der Verfassung wichtige Funktionen zugestanden werden. Ihm wurde von seiner Partei die volle Verantwortung für alle parlamentarischen Angelegenheiten übertragen, während die Parteiorganisation in die Hände von Generalsekretär Madan Bhandari gelegt wurde. Gleichzeitig beschloß man, eine Art Schattenkabinett zu bilden, welches nicht dem Regierungskabinett entgegenarbeiten, sondern dieses konstruktiv unterstützen soll. Adhikari betonte die Notwendigkeit einer größeren Unabhängigkeit Nepals von Indien. Hierzu müßten alle Verträge seit 1950 überarbeitet werden. Der 'Nepali Congress' habe sich hier immer zu indienfreundlich gezeigt. Er vertraue jedoch auf eine ausgeglichene Außenpolitik Koiralas.

Radha Krishna Mainali von der NCP-UML stellte das Konzept der 'Neuen Demokratie' vor: "Unser Ziel ist ein Vielparteienkommunismus. Das gegenwärtige System sieht nur die Sicherung der politischen Freiheit vor. Wir wollen aber auch wirtschaftliche Freiheit, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Gleichheit erreichen. Mehr als 40 Prozent der Bevölkerung sind arbeitslos oder unterbeschäftigt. Dies paßt nicht zu einer Vielparteiendemokratie.

Es soll nicht zu einer vollständigen Kontrolle der Wirtschaft durch den Staat kommen, doch sollen im wirtschaftlichen Bereich Grenzen festgesetzt werden; wer mehr verdient, wird zur Einkommensteuer verpflichtet. Denjenigen, die unterhalb dieser Einkommensgrenze liegen, steht staatliche Unterstützung zu. All dies kann auf friedlichem Wege erreicht werden. Es soll ein freier politischer und wirtschaftlicher Wettbewerb herrschen."

Zusammenschluß kommunistischer Parteien

Anfang Juli beschlossen die NCP (Amatya), die NCP (Manandhar) und NCP (Varma), sich zu einer Partei zusammenzuschließen. Die NCP (Masal) macht zunehmend deutlich, was sie unter Demokratie versteht. Einer der Führer dieser radikalen Partei, Dinanath Sharma, bezeichnete auf einer öffentlichen Versammlung Anfang Juni die Ermordung Rajiv Gandhis als revolutionären Schritt und warnte, Premierminister Girija Prasad Koirala, ihm könne das gleiche Schicksal widerfahren. Dies paßt zur neuen Parteirichtlinie, die auf einer Untergrundsituation des Zentralkomitees Mitte Juni beschlossen wurde. Die radikale Partei bezeichnet nun nicht mehr allein König Birendra als den Hauptfeind, sondern setzt den regierenden 'Nepali Congress' auf die gleiche Stufe.

Streik

Am 30. Juni begann ein landesweiter Streik der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, der von der 'Nepal Civil Servants' Organization' (NCSO) initiiert und von linken Oppositionsparteien und Studenten unterstützt wurde und in der ersten Julihälfte zunehmend die gesamte Verwaltung lahmlegte. Unter anderem wurde die Verwirklichung der Empfehlungen der Gehaltskommission gefordert. Die Gegenmaßnahmen der Regierung waren Verhaftungen und Entlassungen. Besonders bedauerlich ist, daß es wieder zu Situationen kam, die denen der Panchayat-Zeit ähnelten. Vor allem die Polizei tat sich wiederholt durch hartes Vorgehen mit Einsatz von Schlagstöcken, Tränengas und Schußwaffen und zahlreichen Verhaftungen hervor, wobei zahlreiche Demonstranten verletzt wurden. Das 'Forum for Protection of Human Rights' kritisierte die teilweise unmenschlichen Haftbedingungen und Behandlungen verhafteter Personen.

Erst Mitte Juli entschloß man sich nach massivem Druck der Opposition, eine Kommission zur Lösung des Konflikts zu bilden. Dennoch dauerten die Unruhen an. Am 31. Juli starb in Diktel (Khotang-Distrikt) ein Demonstrant an den Folgen von Polizeischüssen. Blutige Zwischenfälle wurden auch aus Pokhara und Bhadraru (Japa-Distrikt) gemeldet.

Ende Juli kam es in Kathmandu zum Streik der Taxifahrer. Im Verlauf des dreitägigen Streiks wurden mehr als 50 Taxifahrer verhaftet. Nach Erhöhung der Taxitarife um 12,5 Prozent wurde der Streik beendet.

Abwertung der Rupie

Parallel zur Abwertung der indischen Rupie um 23,1 Prozent wurde Anfang Juli die nepalische Rupie gegenüber dem US Dollar um 20,9 Prozent abgewertet. Gleichzeitig erfolgt eine Aufwertung gegenüber der indischen Rupie um 1,79 Prozent.

Umweltmaßnahmen

Bei Veranstaltungen zum Weltumweltschutztag wurden Forderungen nach einem Umweltschutzgesetz erhoben. Premierminister Koirala bezeichnete erhöhtes Bewußtsein als Voraussetzung für ein besseres Verständnis der Umweltzusammenhänge. Massive Abholzungen wurden Mitte Juli aus dem Chitwan-Distrikt gemeldet. Auch Regierungsbeamte sollen in diese Maßnahmen verwickelt sein.

Mitte Juli veränderte der Kosi-Fluß in Ostnepal infolge der starken Monsunregenfälle sein Bett. Etwa 50.000 Menschen in 13 Dörfern mußten evakuiert werden und verloren Land, Haus und Besitz. Als Mitverursacher dieser Naturkatastrophe wird auch Indien wegen der Errichtung eines Damms bei Kunauli genannt.

Landlose

Mitte Juli demonstrierte eine Gruppe von 91 Landlosen aus den Distrikten Banke, Bardiya und Kanchanpur, darunter fünf Frauen und Kinder, vor dem Singha Darbar

und forderten Unterkunft, Beschäftigung und Nahrung. Am 18. Juli, als der maledivische Präsident Gayoom Nepal besuchte, wurde diese Gruppe von der Polizei unter Einsatz von Schlagstöcken verhaftet und abtransportiert. Ursache der Protestaktion war die Zerstörung von Slums, in denen diese Menschen seit Jahren gelebt hatten, durch örtliche Polizeikräfte. Sie erklärten, die Polizei habe ihre Vieh konfisziert und geschlachtet und etwa 200 Hütten niedergebrannt. Dabei sei eine Person getötet und 17 andere verletzt worden.

Bhutan

In Bhutan dauern die Menschenrechtsverletzungen durch die bhutanische Regierung an. Mitte Juni befanden sich etwa 6000 Flüchtlinge in Nepal, 15000 im indischen Assam, Sikkim und Westbengalen. 3000 sollen sich in Haft befinden. Etwa 15 Prozent der bhutanischen Bevölkerung sind nepalischer Abstammung. Sie wurden größtenteils im vorigen Jahrhundert von der bhutanischen Regierung ins Land geholt. Meist handelt es sich dabei um ethnische Bevölkerung des östlichen Nepal, die im 19. Jh. unter dem politischen und wirtschaftlichen Druck des nepalischen Staates und der sich ausbreitenden hohen Hindukasten ihr Land und ihre Lebensgrundlage verloren und daher ins Ausland abwanderten. Daneben gibt es zahlreiche illegale Siedler und Vertragsarbeiter. Unklar war zunächst die Reaktion der neuen nepalischen Regierung auf die Asylanträge geflohener hochrangiger bhutanischer Beamter. Mitte Juni hieß es jedoch, die nepalische Regierung gewähre den bhutanischen Flüchtlingen politisches Asyl. Premierminister Koirala bezeichnete das bhutanische Problem nicht als ein ethnisches sondern als politisch bedingt und forderte den bhutanischen König zu einer liberalen Politik auf.

Nepal als Zufluchtsort

In Nepal, speziell in Kathmandu, sollen sich eine Reihe von Personen aufhalten, die in anderen Ländern Südasiens terroristischer Aktivitäten beschuldigt werden. Die Rede ist insbesondere von indischen Sikh, Angehörigen der sri lankischen LTTE und afghanischen Mujaheddin. Am 7. Juli wurde ein LTTE-Mitglied namens Swaminathan, der beschuldigt wird, in die Ermordung von Rajiv Gandhi verwickelt zu sein, in Kathmandu verhaftet und nach Angaben der Zeitschrift 'Dristi', nach deren Aussage er bereits seit einem Jahr in Kathmandu lebte, zwei Tage später der indischen Regierung übergeben. Nach anderen Aussagen soll er sogar von indischer Polizei in Kathmandu verhaftet worden sein. Das Innenministerium bestritt jedoch die Verhaftung. Am 30. Juli erklärte Innenminister Sher Bahadur Deupa dann, Swaminathan sei ohne Paß verhaftet und nach Indien zurückgeschickt worden, von wo er nach Nepal gekommen sei. Ende Juli wurden weitere neun Tamilen, die illegal nach Nepal gekommen waren, ausgewiesen. Einer von ihnen hatte am Tribhuvan-Flughafen versucht, nach Frankfurt weiterzufliegen.

Organisationen

Folter gehört zu den schlimmsten Verbrechen. Auch im Himalaya, dem angeblichen Shangri-La, wird gefoltert. In Kashmir und im Punjab (Nordindien), in Bhutan und in Tibet gehört Folter zum Alltag - in Tibet seit über 30 Jahren durch die Chinesen, in Bhutan seit zwei Jahren durch die königliche Regierung. Dort sind inzwischen - unbemerkt von der Weltöffentlichkeit - Hunderte umgebracht worden bzw. verschollen, Zigaretten nach Indien und Nepal geflüchtet. In Nepal wurden bis April 1990 unter der absoluten Macht des Königshauses rund 5.000 Oppositionelle gefoltert, davon etwa 1.000 besonders schwer. Die "Bewegung zur Einführung der Demokratie" siegte zwar am 8. April 1990, es gibt eine neue Verfassung und ein gewähltes Parlament, aber noch immer werden Mißhandlungen in Gefängnissen bekannt.

Da es in ganz Südasien (über eine Milliarde Menschen) keine Hilfe für Folteropfer gibt, sieht man von einem kleinen Zentrum in Pakistan an der Grenze zu Afghanistan ab, gründeten engagierte nepalische Ärzte und Krankenschwestern im Dezember 1990 in Kathmandu ein Zentrum für Folteropfer, das 'Centre for the victims of torture' (CVICT). CVICT versteht sich gleichzeitig als (wichtiges) Dokumentationszentrum. Behandelt werden Folteropfer aus Nepal sowie Flüchtlinge aus Tibet und Bhutan. Langfristig sollen auch mißhandelte Frauen und Kinder (Tabuthema) mit einbezogen werden. CVICT hat Kontakt zu anderen Zentren aufgenommen, um Erfahrungen auszutauschen und vor allem Behandlungsmethoden zu erlernen. Anfangs behalf man sich mit einem Ratgeber aus Südafrika. In Nepal selbst wird das Problem verdrängt. Ausgebildete Psycho-Therapeuten gibt es nicht. Menschen mit psychischen Problemen gehören auch nach Ansicht vieler Mediziner noch immer in die "Klappmühle".

Psychische Probleme aber sind die Hauptprobleme, unter denen Folteropfer zu leiden haben, wenngleich einige auch noch Operationen und medizinische Versorgung benötigen. Die Patienten in Nepal sind meistens jung, arme Arbeiter und Bauern sowie Studenten (Frauen haben sich noch nicht gemeldet, obwohl auch sie gefoltert und vergewaltigt wurden). Sie leiden unter Depressionen, psycho-somatischen Störungen, Schlaflosigkeit, Lethargie, Appetitlosigkeit, Alpträumen, Angstzuständen, Selbstmordgedanken, Verspannungen, können sich nicht konzentrieren, neigen zu Aggressionen u.ä.. Viele sehen sich außerstande, einer geregelten Arbeit nachzugehen und fühlen sich von der Gesellschaft im Stich gelassen. Die jüngeren glauben, ihr Leben sei sinn- und wertlos geworden, und können nicht begreifen, daß ihre Folterer noch frei herumlaufen bzw. im Polizeidienst sind.

Auch viele Familien von Überlebenden und Getöteten haben mit psychologischen Problemen zu kämpfen. Dazu zählen Depressionen und Trauer-Symptome. Einige Famili-

stellen sich vor:

CENTRE FOR THE VICTIMS
OF TORTURE, NEPAL

Stop Torture!!



CVICT

lien brachen deshalb auseinander. Die meisten Folteropfer werden zwar von ihrer Familie unterstützt, aber sie können oft nicht verstehen, warum die Folterüberlebenden depressiv und zurückgezogen sind. Nur wenige Familienmitglieder können ausreichend Geduld aufbringen, da die meisten durch schwere Arbeit und Armut überfordert sind. Armut entsteht auch, weil das Folteropfer zuvor der Ernährer der Familie war. Darunter leiden insbesondere Kinder.

Eine der wichtigsten Aufgaben von CVICT ist es, Vertrauen innerhalb der Bevölkerung aufzubauen, seinen Bekanntheitsgrad zu erweitern, Mediziner zu überzeugen und Opfer, die sich aus Scham überwiegend bedeckt halten, zu identifizieren (Das erklärt auch die Zurückhaltung der Frauen). Die meisten Patienten und ihre Familien brauchen neben der Behandlung auch eine Sozialunterstützung. Die aber ist in Nepal unbekannt.

Auch das Zentrum selbst erhält keine Zuwendungen vom Staat und ist auf Hilfe von außerhalb angewiesen, will es überleben. Einen Teil der Mittel hat sich das Team, das ehrenamtlich arbeitet und kostenlos behandelt, geliehen und erbettelt. Das gilt auch für Operations-

kosten. Spenden werden dringend benötigt, bis hoffentlich eine regelmäßige Finanzierung/Unterstützung gefunden wird. Gleichmaßen werden erfahrene Psycho- und Physiotherapeuten gesucht, die den Kulturkreis kennen. Der Koordinator, Dr. Bhogendra Sharma, würde es sehr begrüßen, wenn solche Expertinnen und Experten einen Nepalurlaub mit einem kurzen Arbeitsbesuch/Erfahrungsaustausch verbinden könnten. Dringend benötigt werden auch Einrichtungsgegenstände für die Praxis (EKG, Labor u.a.) und Physiotherapie. Behandlungsmethoden aus anderen Kulturkreisen sind nicht pauschal anwendbar. Deshalb wird augenblicklich versucht, auf den eigenen reichen Erfahrungsschatz Asiens zurückzugreifen und Ayurveda, Yoga, Akkupressur und tibetische Medizin/Behandlung anzuwenden.

Das Team arbeitet ganzheitlich und steht zusätzlich in enger Verbindung mit Organisationen wie amnesty international oder Rechtsanwälten, die kostenlos für die Folteropfer arbeiten.

Weitere Informationen über: CVICT, P.O.Box 4650, Kathmandu, Nepal.

Ludmilla Tüting